



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KII/131 - 11. Juni 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Bonner Verbalnote an Moskau	S. 1
Von der Arktis nach Zentraleuropa	S. 2
Stuttgart - Tagungsort der Sozialistischen Jugend	S. 3
Ein Algerier über Algerien	S. 3

Unverständliches Zögern

sp- Die Bonner Verbalnote an Moskau als Antwort auf eine entsprechende sowjetrussische Note von 23. Mai lässt den Termin für die deutsch-sowjetischen Verhandlungen über den Abschluss eines Handelsabkommens völlig offen. Vorgesehen war der 15. Juni. Dieser Termin kann nicht eingehalten werden. Das Bonner Auswärtige Amt war sicherlich nicht gut beraten, als es in seiner Verbalnote die Frage der Repatriierung der in der Sowjetunion noch lebenden Deutschen mit der des Abschlusses eines Handelsvertrages verknüpfte. Läge der Regierung die Rückkehr von heimkehrwilligen Deutschen aus der Sowjetunion wirklich so sehr am Herzen, dann hätte sie nur die Aktivität des Deutschen Roten Kreuzes, das sich hier grosse Verdienste erworben hat, mehr unterstützen müssen. Der Leiter des russischen Roten Kreuzes, Professor Eiterew, und sein deutscher Verhandlungspartner, Präsident Dr. Weitz, waren in ihren Verhandlungen recht weit vorangekommen. Es bestand auch Übereinkunft darüber, dass jedem Deutschen, dessen Familienangehörigen in Westdeutschland leben, ohne Rücksicht auf seine gegenwärtige Staatsbürgerschaft die Heimreise gestattet werden sollte. Wie man weiss, fand diese Begegnung zweier Diener der Menschenliebe gerade keine freundliche Resonanz in offiziellen Bonn. Das Junktim - Repatriierung und Handelsvertrag-kann, wie die Dinge liegen, die Verständigung zwischen dem russischen und deutschen Roter Kreuz gefährden. Wem ist dann damit geholfen?

In der Sache selbst führt dieses von Bonn gewünschte Junktim zu nichts Gutem. Welch groteske Situation: Die Vereinigten Staaten vertiefen ihr Zwiesgespräch mit der Sowjetunion, die Regierung der Bundesrepublik aber verzögert durch ihre neueste Note Verhandlungen mit jener Macht, die doch in der Frage der Wiedervereinigung ein sehr entscheidendes Wort zu sagen hat. Freilich kann nicht verschwiegen werden, dass auch die Sowjetunion durch ihre Haltung in der Repatriierungsfrage nicht jenen Beitrag zur Entspannung zu leisten gewillt ist, die sie auf internationalen Gebiet anstrebt. Ein Akt der Grossmut und der Menschlichkeit würde das Eis auftauen, das sich zwischen Bonn und Moskau gebildet hat. Oder ist der Sowjetunion aus den verschiedensten Gründen gegenwärtig nicht mehr so viel am Abschluss eines Handelsvertrages gelegen, wie sie sich früher den Anschein gab?

* * *

Moskau im Zwiegespräch mit Washington

sp- Wenige Tage nach Chruschtschows amerikanischem Fernseh-Interview konnte man in vielen Zeitungen der westlichen Welt lesen, "die Amerikaner" seien ungehalten über die Art und Weise, mit der ihr neuer Bildschirm-Star Weltprobleme erörterte. All dies scheint mit einem Schlage überwunden zu sein, nachdem Senator Knowland, der republikanische Fraktionsführer, am Pfingstsonntag einen Brief an Außenminister Dulles veröffentlicht hat, in dem die Vorschläge Chruschtschows zum Truppenrückzug ernsthaft erörtert werden. Ausserdem hat Senator Johnson, Sprecher der demokratischen Senatsmehrheit in einer Antwort an Chruschtschow statt des "eisernen" einen "offenen Vorhang" gefordert und die amerikanischen Abrüstungsvorschläge unterstützt.

Senator Knowland meint, man solle ChruschtschowsVorschlag zum Rückzug der Truppen aus Ungarn ernstnehmen und den Russen als Gegenleistung den Austritt Norwegens aus dem Atlantikpakt und die Einbeziehung dieses Landes in die von Chruschtschow geforderte neutrale Zone in Skandinavien anbieten. Weiter fordert Knowland, man solle gegenüber den Russen die Taktik des "Zug um Zug" oder "Land um Land" anwenden, um auf diese Weise festzustellen, ob Moskau es mit seinen Bemühungen um die Entspannung der Weltlage ernst meint.

Das Zwiegespräch zwischen Washington und Moskau geht also weiter. Herr Chruschtschow hat durch sein amerikanisches Fernseh-Interview - im Gegensatz zu anderslautenden Meldungen - die öffentliche Meinung in den USA aufgelockert. Aber nicht nur das: Die weltweite Entspannungsdiskussion, die noch am Tage der Rückkehr Adenauers aus den Vereinigten Staaten nur die Arktis umfasste, bewegt sich jetzt auf das zentrale Europa zu.

Wenn vor etwa einem Jahre ein deutscher Sozialdemokrat ähnliche Gedanken geäußert hätte, wie sie jetzt in der ganzen Welt ventiliert werden, hätte die Bonner Propagandamaschine bestimmt aus diesem Sozialdemokraten einen "verkappten Kommunisten" gemacht. Heute gehören die Erörterungen über die Spannungszone unter Einbeziehung Zentraleuropas und damit Deutschlands, sowie die mögliche Entlassung einzelner europäischer Staaten entweder aus dem Atlantikpakt oder aus dem Warschauer Pakt zur guten Ton der internationalen Diplomatie.

Nur gibt es einige dunkle Flecken auf diesem freundlichen Bild. Wie verlautet, sollen bestimmte amerikanische Kreise den Bundeskanzler bei dessen letztem Aufenthalt in den Vereinigten Staaten ersucht haben, die amerikanischen Bemühungen um ein besseres Verhältnis mit der Sowjetunion nicht durch eigene Forderungen - etwa nach der Wiedervereinigung - zu "stöbern". Wie es heisst, soll Adenauer auf diesen Wunsch eingegangen sein, obwohl er nicht von Eisenhower selbst geäußert worden ist.

Wenn diese Behauptungen richtig sind, so würde manches Rätsel leichter zu lösen sein, das Bonn während der letzten Tage den Bundesrepublikanern aufgegeben hat. Es würde sich die völlige Inaktivität der Bundesregierung in Richtung auf die Entwicklung eigener deutscher Gedanken zur Wiedervereinigung erklären, und es wäre "verständlich", dass nicht einmal die deutschen Teilnehmer an der Viermächte-Arbeitsgruppe, die kürzlich die Wiedervereinigungsfrage in Washington debattierte, einen einzigen Ton darüber von sich gegeben haben, was eigentlich dabei herausgekommen ist...

11.6.1957

Sozialistische Jugend berät ihre Arbeit und Aufgaben

H.W. In der neuen Stuttgarter Liederhalle werden die 150 Delegierten, der Verbandsvorstand und der Verbandsausschuss sowie zahlreiche Gäste vom 15. bis 17. Juni 1957 zur 6. Verbandskonferenz der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken zusammenkommen. Die Ortswahl dieser grossen Tagung fiel auf Stuttgart, weil dort vor nunmehr genau 50 Jahren am gleichen Platz in der alten, im Kriege völlig zerstörten Stuttgarter Liederhalle die Sozialistische Jugendinternationale unter aktiver Mitwirkung des sozialistischen Vorkämpfers Karl Liebknecht gegründet wurde. Das wechselvolle Schicksal der immer erneut aufstrebenden Sozialistischen Jugendinternationale wird auch in einer festlichen Stunde am Abend des 15. Juni gewürdigt werden. Peter Strasser, der frühere österreichische Präsident der Internationalen Union Sozialistischer Jugend (IUSY), wird dabei die Festrede halten, die umrahmt wird von einer modernen Hör-Szene, die eine Berliner Spielgruppe und ihr Chor gestaltet. Internationale Gäste und manche früheren Mitarbeiter der Sozialistischen Jugendinternationale haben ihr Erscheinen zugesagt.

Internationale Aufgabenstellung

Auch das Hauptthema der 6. Verbandskonferenz hat einen starken Bezug zur internationalen Aufgabenstellung der Sozialistischen Jugend. Dr. Heinz-Joachim Heydorn, der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes, wird zum Thema "Das Ende der Kolonialherrschaft - Unsere Aufgabe in einer veränderten Welt" referieren. Dieses Referat soll nicht nur den Delegierten, sondern einer breiten Öffentlichkeit die Position der Sozialisten beim Freiheitskampf der heute noch immer von kolonialen Herrschaftsmethoden bedrückten Völker Asiens und Afrikas darlegen. Der Verband hat darüber hinaus die Absicht, von den politischen Erörterungen dieses Themas ausgehend, seiner Mitgliedschaft eine praktisch von ihr erfüllbare Aufgabe zu stellen, die der friedlichen und freiheitlichen Entwicklung der Völker Asiens hilft. Er will eine über drei Jahre ausgedehnte Sammlung veranstalten, deren finanzieller Ertrag in Verbindung mit der UNESCO und der indischen sozialistischen Jugendorganisation für den Aufbau eines indischen Dorfes verwendet wird. Das Geld soll helfen, in einem bestimmten indischen Dorf den Strassenbau zu fördern, sanitäre Einrichtungen zu schaffen und durch die Tätigkeit von indischen Lehrern aus den Reihen des dortigen Sozialistischen Jugendverbandes den Analphabetismus zu überwinden.

Am zweiten Tag der 6. Verbandskonferenz, an der erstmalig auch mit vollem Stimmrecht der Landesverband der Saar teilnimmt, wird dann der Vorsitzende, Heinz Westphal, einen Arbeitsbericht über die Tätigkeit des Verbandes seit der Kieler Konferenz im Jahre 1955 geben. Die Delegierten wollen diesen Bericht und auch den gleichfalls gedruckt vorgelegten umfangreichen Arbeitsbericht ausführlich diskutieren, um daraus die Vorschläge und Beschlüsse für die Arbeit der kommenden zwei Jahre abzuleiten. Wie schon aus diesem schriftlichen Arbeitsbericht hervorgeht, werden dabei alle Bereiche der vielfältigen Tätigkeit des Verbandes

einer kritischen Beratung unterzogen werden.

Vielfältige Tätigkeit

Da geht es um die Entwicklung in den drei Altersstufen des Verbandes, dem Falken-Ring, dem Rote Falken-Ring und dem SJ-Ring, um die spürbare Aufwärtsentwicklung der Mitgliedszahlen, um die jugendpolitischen Massnahmen und Ziele, um die Fragen der Einheit Deutschlands und der Wehrpolitik, um die Hilfe für die Wehrdienstverweigerer, um die lebhafteste Zeltlager-Tätigkeit, um die kulturellen und sportlichen Aktivitäten, um die Mitarbeit in den internationalen Organisationen IFK und IUSY, um die Aufgabe der vom Verband herausgegebenen Zeitschriften und um die Arbeit des Verlages Schaffender Jugend, des Zeltlagerplatz e.V. und des SJ-Periendienstes. Nicht vergessen soll sein die vielfältige Tätigkeit, die auf die Herstellung und Erhaltung des Kontaktes zur Jugend in Mitteldeutschland und auf die Erlangung der Freiheit für die jugendlichen politischen Häftlinge in der SBZ gerichtet ist. - Ein umfangreiches Arbeitsfeld, das besonders in seinem Schwergewicht, der politischen Bildungsarbeit, zu fruchtbaren Diskussionen Anlass geben wird.

Der dritte Tag der Konferenz beginnt dann mit einer Stunde des Gedankens an den Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 in Mitteldeutschland. Waldemar von Knoeringen wird dazu sprechen und zugleich die Grüsse des Parteivorstandes der SPD an die Konferenz übermitteln. Anschliessend hat sich die Tagung vorgenommen, mehr als vierzig Anträge zu beraten, die von den 24 Bezirken und den leitenden Verbandsgremien eingebracht worden sind. Mancher Konfliktstoff liegt in diesen Anträgen, die von den Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland über die Probleme der Wehrpolitik und Jugendpolitik bis hin zu den praktischen Fragen der inneren Verbandsarbeit reichen. Und - wie es sich für eine demokratische Organisation gehört - stehen am Abschluss der 6. Verbandskonferenz die Wahlen für den neuen Verbandsvorstand und die Kontrollkommission, die beide zwei Jahre lang amtieren sollen. Auch hier liegen Probleme, die sich aus den in einer demokratischen Organisation immer vorhandenen Auffassungsunterschieden über die richtige Form der Leitung des Verbandes und die dafür am besten geeigneten Personen ergeben.

In Übereinstimmung mit der SPD

Die 6. Verbandskonferenz der Sozialistischen Jugend findet in zeitlicher Übereinstimmung mit dem grossen Wahlkongress der SPD in Dortmund statt. Sie wird darum bemüht sein, auch eine inhaltliche Übereinstimmung in den Beratungsergebnissen in freier Entscheidung des Jugendverbandes herbeizuführen, denn die Sozialistische Jugend ist sich bewusst, dass die politische Hauptaufgabe dieses Jahres, der für unser Land notwendige Sieg der Sozialdemokraten in den Bundestagswahlen, nur durch das Zusammenwirken aller Teile der sozialistischen Bewegung gemeistert werden kann.

* * *

Auf der Suche nach einer Lösung des Algerienproblems

Algerien ist heute die blutende Wunde Frankreichs. Wir lesen täglich erschütternde Meldungen über Attentate, Terrorakte, offene Kämpfe zwischen französischen Truppen und algerischen Aufständischen. Wir versuchen die Motive des erbitterten Kampfes zu erkennen, aber die oft von militärischen Zensurstellen gefilterten Nachrichten gestatten uns kaum, ein klares Bild zu gewinnen. Um die Zusammenhänge, Lösungsmöglichkeiten und den Stand der Auseinandersetzungen, aber auch die verschiedenen Strömungen der Aufstandsbewegung besser übersehen zu können, haben wir einen algerischen Sozialisten gebeten, uns seine Auffassung zum Algerienproblem darzulegen. Ohne in allen Punkten die in dem nachstehenden Bericht zum Ausdruck gebrachten politischen Meinungen zu teilen, halten wir es doch für unsere Pflicht, einen Algerier zu Worte kommen zu lassen, dessen Vergangenheit die Gewähr für seinen aufrichtigen Willen zur Verständigung mit dem französischen Volk bietet. Die Redaktion.

*

Algerien trat sieben in den 32. Kriegsmonat. Seit mehr als zwei-einhalb Jahren versuchen die französischen Truppen vergeblich der algerischen Revolution mit Waffengewalt ein Ende zu bereiten. Nachdem Zehntausende von Franzosen und Algeriern im Verlauf der militärischen Operationen getötet wurden, nachdem Hunderte von Millionen von Frankreich in diesem Konflikt ausgegeben wurden, scheint heute, mehr noch als am 1. November 1954, der algerische Krieg kein Ende voraussehen zu lassen.

Einerseits kann sich die militärische Lage nur noch verschlimmern: der Aufstand hat sich über das gesamte algerische Gebiet ausgebreitet, und in wirklichen Schlachten versuchen die französischen Truppen den algerischen Kämpfern Widerstand zu leisten. Auf der anderen Seite droht der ursprüngliche Antagonismus zwischen dem französischen Kolonialismus und dem algerischen Volk sich auf Grund der schrecklichen in Algerien begangenen Terroraktionen (was eine Begleiterscheinung eines jeden Revolutionskrieges ist) in einen Rassenhass der Franzosen gegen die Algerier und umgekehrt zu verwandeln. Eine gewisse ultra-kolonialistische Presse nährt dieses Feuer sehr sorgsam, um eine Brücke zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen Algeriens, den Mohammedanern und Europäern von vornherein unmöglich zu machen. Die Europäer sollen sich die Auffassungen von der rassistischen Hegemonie über die Moslems zu eigen machen.

Die Ursachen des Krieges

Warum war dieser Krieg möglich? Die Gründe hierfür lassen sich kurz wie folgt zusammenfassen: Das algerische Volk fordert durch den Mund seiner Nationalisten die Anerkennung des Rechtes auf Selbstbestimmung, das Frankreich ständig geleugnet hat, indem es sich auf die Formel "für drei französischen Departements von Algier" und "die Algerier sind französische Bürger" bezog. Es würde zu weit führen, wollte man die Argumente jeder Partei in diesem Konflikt aufzählen. Halten wir fest, dass die bisherige französische Verwaltung nicht einmal in der Theorie die Gleichheit zwischen den mohammedanischen Algeriern und der europäischen Minderheit in Algerien anerkannt hat. Frankreich verneint also die Existenz einer "algerischen Nationalität". Ein algeri-

11. Juni 1957

sches Nationalgefühl aber leugnen zu wollen, ist widersinnig. Der Verlauf dieses Krieges ist der beste Beweis dafür, und die französische Regierung selbst sah sich gezwungen, eine gewisse algerische "Personalität" anzuerkennen, jedoch hielt sie ihre Fiktion "Algerien - französischer Boden" aufrecht. Einzig die Existenz oder Nicht-Existenz eines Volkes bilden also den Grund und den Einsatz zu diesem Konflikt.

Wie stellen sich zur Stunde die frankreich-feindlichen Gruppierungen in Algerien dar? Halten wir zuerst fest, dass sie sich zwar als anti-kolonialistisch, aber nicht als anti-französisch bezeichnen.

Zwei nationalistische Bewegungen haben die revolutionären Kräfte Algeriens um sich geschart: Da ist zunächst die

Algerische Nationalbewegung (MNA)

Sie ist die älteste nationalistische Partei Algeriens und wurde im Jahre 1937 von ihrem jetzigen Präsidenten, Messali Hadj, gegründet. Mehr als nur eine "Bewegung" ist sie eine einheitliche und zentral geleitete Partei, deren Anhängerschaft sich aus den Volksmassen Algeriens rekrutiert. Vom militärischen Gesichtspunkt aus betrachtet, kontrolliert die MNA, gemäss der französischen, den Sozialisten nahestehenden Wochenzeitschrift "Demain" die Hälfte der auf algerischer Seite kämpfenden Einheiten. Ihre Partisanen operieren in Südalgerien, im Departement Algier und in der Nähe von Orléansville im Departement Oran. Die Hauptkraft aber dieser Partei wurzelt in ihrem politischen Einfluss, den sie in ganz Algerien ausübt. Diesen Einfluss verdankt die MNA ihrer langen Vergangenheit des antikolonialistischen Kampfes, ihrem volkstümlichen Programm und der starken Persönlichkeit ihres Führers Messali.

In Frankreich sympathisiert die algerische Emigration (ungefähr 500000 Arbeiter) zu etwa 70 - 90 % mit der MNA.

Die nationale algerische Bewegung ist frei von jedwadem ausländischen Einfluss und betätigt sich als eine rein algerische Bewegung. Man muss hierbei bemerken, dass es starke Unterschiede in der Auffassung zwischen Kairo und der MNA gibt und dass zwei Leiter dieser Partei von ägyptischen Behörden in Ägypten inhaftiert wurden.

Die zweite nationalistische Bewegung, die

Front der Nationalen Befreiung (FLN)

entstand nach den Ereignissen des 1. November 1954. Sie wurde von einigen aus der MNA ausgeschlossenen Mitgliedern gegründet und umfasst zahlreiche Persönlichkeiten, die den verschiedensten politischen Richtungen Algeriens angehörten: ehemalige MNA-Leute, wie Yazid und Lemine Debaghine, ehemalige reformistische Intellektuelle wie Fernat Abbas, muslimanische Kleriker der ehemaligen Partei der Ulama, ehemalige "Kollaborateure" der französischen Verwaltung wie A. Fares oder der Bachagha Boutaleb, Kommunisten wie z.B. Larbi Bouhali u.a. ...

Diese Bewegung, die ihrer Struktur nach uneinheitlich ist und, paradoxerweise, eine totalitäre Tendenz vertritt, kontrolliert die andere Hälfte des Aufstandes. Aber, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist ihr Einfluss auf die Zivilbevölkerung Algeriens gering. Ihre militärischen Kräfte haben ihre Stützpunkte hauptsächlich in Kabylien und ent-

11. Juni 1957

lang der algerisch-marokkanischen und algerisch-tunesischer Grenzen.

Die FLN wird sehr stark von Ägypten beeinflusst, und von Kairo sehr stark finanziell und propagandistisch unterstützt. Da sich die FLN hauptsächlich auf das algerische Kleinbürgertum stützt, hat sie sich in Algerien durch die Verbreitung ultra-nationalistischer Argumente eine gewisse Anhängerschaft sichern können.

So stellt sich uns das Gesicht des algerischen Nationalismus dar. Es muss aber noch hinzugefügt werden, dass ein bedeutsamer Teil der algerischen Freiheitskämpfer, bekannt unter dem Namen "Armee der nationalen Befreiung" sich weigert, heute schon eine politische Wahl zu treffen und sich als eine rein militärische Organisation betrachtet. Aber, wiederum gemäss der französischen Wochenzeitschrift "Demain", wird diese "Armee der Befreiung" in ihrer politischen Ausrichtung sehr stark durch die MNA beeinflusst.

Welche Lösungsmöglichkeiten?

Welche Vorschläge zur Beendigung des Krieges existieren auf Seiten Frankreichs und der beiden algerischen Bewegungen? Die französische Regierung Mollet und ihre Vorgänger hatten das folgende Programm, indem sie sich ganz unter Berufung auf die "Befriedigung", auf die Gewaltpolitik ihrer Vorgänger stützten, entwickelt: Bedingungsloser Waffenstillstand, Wahlen, in denen die Vertreter des algerischen Volkes gewählt werden. Aber Frankreich weigerte sich von Anfang an, diesen Vertretern das Recht zuzugestehen, sich für die Unabhängigkeit Algeriens auszusprechen zu können. D.h., die französische Regierung erkannte nicht das Recht des algerischen Volkes, über sich selbst verfügen zu können, an und beschränkte damit die Wahl der zukünftigen algerischen Abgeordneten.

Auf diese Vorschläge hat die algerische Nationalbewegung (MNA) mit folgendem Angebot geantwortet: Round-table-Konferenz, die alle algerischen Nationalisten und die Vertreter Frankreichs zusammenbringt, um die Möglichkeiten eines Waffenstillstandes und der Wahlen zu diskutieren. Diese unter internationaler Kontrolle organisierten Wahlen würden zur Bildung einer verfassungsgebenden algerischen Versammlung führen, die in der Lage sein müsste, sich über den zukünftigen Status Algeriens auszusprechen zu können; somit also auch über die nationale Unabhängigkeit.

Man muss sich ins Gedächtnis rufen, dass dieser Vorschlag einer Round-table-Konferenz, der schon vor zwei Jahren vom Präsidenten der MNA vorgebracht wurde, die Zustimmung zahlreicher Gruppen wie auch französischer Persönlichkeiten und Parteien gefunden hat, wie z.B. die nationale Lehrervereinigung, der nationale Erziehungsverband, die neue Linke, der Kongress der sozialistischen Studenten ... Des weiteren hat sich vor einigen Tagen die Minderheit in der sozialistischen Partei Frankreichs auch für eine Round-table-Konferenz erklärt. Die marokkanischen und tunesischen Regierungen haben gleichermassen diesen Vorschlag in ihre Vermittlungsvorschläge eingebaut.

Was die "Front der nationalen Befreiung" (FLN) anbetrifft, so fordert diese die Anerkennung der algerischen Unabhängigkeit durch Frankreich als Voraussetzung jeglicher Unterhandlungen, die zwischen Frankreich und einer algerischen Regierung stattfinden sollten, wobei die algerische Regierung ausschliesslich aus Mitgliedern der FLN gebil-

det sein müsse. Hinsichtlich der Wahlen vertritt die FLN den Standpunkt, dass diese Entscheidung der algerischen Regierung (d.h. also, der FLN) überlassen werden müsse, ob Wahlen oder nicht in Algerien durchgeführt werden.

Bis zur Stunde ist keine der Parteien von ihren Positionen abgerückt und ein Kompromiss scheint sich noch nicht anzudeuten. Es ist klar, ebenso für die Franzosen wie für die Algerier, dass eine rein militärische Lösung des Problems unmöglich ist. Frankreich erschöpft sich in einem Kriege, in den es alle seine militärischen und wirtschaftlichen Kräfte engagiert, ohne auch nur ein einziges positives Resultat zu erhalten. Es ist unwahrscheinlich, dass Frankreich eines Tages mit Hilfe der Waffengewalt einen Sieg erringen könnte, den es bis jetzt trotz der Opfer eines 32 Monate dauernden Kampfes noch nicht erlangt hat. Man muss also verhandeln. Es wäre jedoch hypothetisch, jetzt schon voraussagen zu wollen, wann und auf welcher Grundlage diese Verhandlungen geführt werden müssten. Indessen muss man den Umstand in Rechnung ziehen, dass die Leiter der französischen Politik in Übereinstimmung mit dem Beschluss der Vereinten Nationen bis zum September 1957 irgendeine Lösung erreichen müssen. Frankreich kann nicht mit leeren Händen vor das Forum der Vereinten Nationen kommen.

Algerien und "die Deutschen"

Es mag verstöndlich erscheinen, dass man in Deutschland dem Algerienproblem weniger Aufmerksamkeit zu widmen geneigt ist, als in Frankreich oder in Nordafrika. Und doch gibt es mehrere Gründe, die Deutschland veranlassen könnten, das Algerienproblem klar zu kennen. Unter den in Algerien eingesetzten französischen Truppen befinden sich zahlreiche Fremdenlegionäre deutschen Ursprungs. Ganze Einheiten der Fremdenlegion sprechen deutsch. Die Befehle werden z.T. in deutscher Sprache gegeben und die Umgangssprache in diesen Einheiten ist selbstverständlich deutsch. Wenn auch die meisten Algerier wissen, dass diese Soldaten als französische Fremdenlegionäre kämpfen, so ist es doch unausbleiblich, dass sich in zunehmender Masse der Masse der algerischen Bevölkerung auch auf "die Deutschen" überträgt. Dies ist um so betrüblicher, als bisher alles, was aus Deutschland kam - die Technik, die Wissenschaft, der Handel - mit der stärksten Sympathie in Nordafrika rechnen konnte. Je länger der Krieg in Algerien dauert, um so mehr schwindet diese Sympathie.

Ein anderer Grund, der die Deutschen veranlassen könnte, sich stärker als bisher für das Algerienproblem zu interessieren, ist folgender: Die Bundesrepublik ist im Begriff, dem Gemeinsamen Markt beizutreten. Damit wird sie - entsprechend dem Vertrag - auch automatisch in direkte Berührung mit dem nordafrikanischen Problem gebracht werden. Im Prinzip bejahen die algerischen Aufstandsbewegungen die Teilnahme auch Algeriens am Gemeinsamen Markt. Aber so lange der erbitterte Kampf andauert, dürfte die praktische Bedeutung dieser Zustimmung gegenstandslos sein.

Eine Hoffnung

Im Interesse aller ist also zu hoffen, dass Algerien so bald wie möglich wieder zur Ruhe kommt. Das "Wie" ist noch offen. Aber vielleicht setzt sich doch die bereits erörterte Idee durch, dass man die UNO und - ähnlich wie im Suez-Konflikt - die UNO-Polizei beauftragt, zunächst die Kämpfenden voneinander zu trennen und zum Waffenstillstand zu zwingen. Der nächste Schritt müsste dann das Gespräch aller unmittelbar am Konflikt Beteiligten sein.

+ + +